

SPD und Grüne: Kein Geld für Heine-Büste

RP
11.
6.
10

VON HANS ONKELBACH

Wenn der Freundeskreis Heinrich Heine demnächst die Rechnung für die von ihm in Auftrag gegebene Heine-Büste von Bert Gerresheim erhält, dann muss man das Geld dafür wohl selbst aufbringen. Denn keine Partei im Rat ist bereit, einen Zuschuss dazu zu zahlen.

Wie berichtet, hatte Kulturdezernent Hans-Georg Lohe erklärt, die Stadt werde den Heine-Kreis mit 40 000 Euro unterstützen. Da Lohe das offen erklärte, ist davon auszugehen, dass diese Zusage mit OB Dirk Elbers (CDU) abgesprochen war.

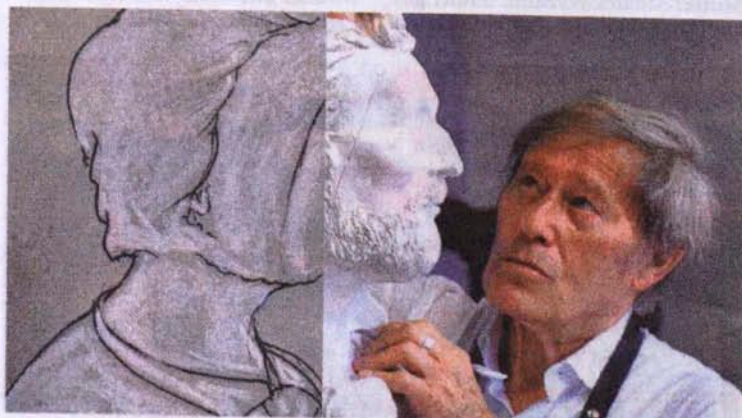
Das hinderte den CDU-Fraktions-Chef im Rat, Bürgermeister Friedrich Conzen, aber nicht daran, dagegen zu protestieren. Er werde dem auf keinen Fall zustimmen, sagte Conzen. Aus CDU-Kreisen war zu hören, dass er das Elbers auch schon persönlich erklärt hat.

In der FDP sieht man die Sache ähnlich: Bürgermeisterin Marie-Agnes Strack-Zimmermann lehnte die Zuzahlung ab. Dieser Meinung sind auch die Grünen. Ratsfrau Cla-

ra Deilmann, für die Grünen im Kulturausschuss, sagte gestern, man werde auf jeden Fall Nein sagen zu diesem Zuschuss. Der Heine-Kreis sei als Spender aufgetreten, nun solle er auch die Kosten tragen.

Bei der SPD ist man ebenfalls nicht bereit, Geld locker zu machen. Cornelia Mohrs, kulturpolitische Sprecherin der SPD, und ihre Kollegin Walburga Benninghaus waren gestern einhellig der Meinung, dieses Ansinnen sei abzulehnen. Auch sie verweisen auf die Tatsache, dass der Heine-Kreis als Spender die Kosten zu tragen habe. Außerdem fürchtet man, Präzedenzfälle zu schaffen. Andere Spender könnten ebenfalls auf den Gedanken kommen, ihre Großzügigkeit in Teilen von der Stadt bezahlen zu lassen. Einigkeit also in allen Parteien: Ein Antrag auf Erstattung von 40 000 Euro für diese Büste wird abgelehnt. Die Büste Heines soll in der Walhalla bei Regensburg stehen.

Heine-Kreis-Vorsitzender Karl-Heinz Theisen nutzte die Gelegenheit nicht, sich zu äußern.



Bert Gerresheim und die strittige Heine-Büste: Eigentlich eine Spende des Heine-Kreises, nun soll die Stadt 40 000 Euro zuzahlen.

RP-FOTO: T. BUSSKAMP